



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

9. September 2019
Josef Wyss

A 680 Anfrage Pardini Giorgio und Mit. über die Wachstumskapital AG der Luzerner Kantonalbank / Finanzdepartement

Giorgio Pardini ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Anfrage wird von David Roth übernommen. David Roth ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

David Roth: Für uns ist es unbefriedigend, dass sich die Regierung konsequent versteckt hält, wenn es um die strategische Führung der Luzerner Kantonalbank (LUKB) geht. Es reicht nicht zu sagen, dass man strategische Ziele hat, wenn man nicht bereit ist, diesen strategischen Zielen Nachdruck zu verleihen und diese entsprechend zu realisieren. Es ist nicht einfach eine Kritik der SP, dass die LUKB Startups zu wenig berücksichtigt, sondern auch eine der Wirtschaftskreise. Es wundert uns deshalb auch nicht, dass die Regierung in ihrer Antwort nicht weiter auf die Förderung der Startups eingeht und keine konkreten Zahlen nennt. Mit dem Bankgeheimnis zu begründen, keine konkreten Zahlen nennen zu dürfen, verstehe ich nicht. In diesem Fall entsteht der Eindruck, dass nur ein Kunde gefördert wurde. Ich wäre froh, wenn uns der Finanzdirektor genauere Zahlen nennen könnte und uns sagt, in welcher Hinsicht er intervenieren und die strategischen Ziele anpassen wird, damit die LUKB etwas macht, wovon sowohl die Wirtschaftsförderung als auch die Wirtschaft etwas spüren.

Urban Frye: Startups bestehen meist aus gemischten, sehr gut ausgebildeten Teams, oft handelt es sich um Abgänger von Hochschulen und Universitäten. Startups haben meist innovative Ideen, und sie investieren sehr viel Zeit in ihre Projekte. Oft fehlt ihnen aber das Geld für die erste Finanzierungsrunde, das sogenannte „sink money“. Bei diesem Geld handelt sich um Hochrisikokapital. Hier besteht eine Ungleichheit: Jungunternehmer aus reichen Familien erhalten das notwendige Startkapital, die anderen haben das Nachsehen und können ihre innovativen Ideen oft nicht weiterentwickeln. Wenn es in die zweite Finanzierungsrunde geht und sich die Projektidee genauer abzeichnet, kommen Fonds mit Venture Capital zum Zug, dort gibt es viel Geld zu holen. Die LUKB oder auch die Pensionskassen könnten einen Teil ihres Gewinns oder ihres Pensionskassenkapitals in solche Startups investieren mit dem Risiko, dass ein Teil dieser Unternehmen nach relativ kurzer Zeit nicht mehr existiert. Die Firmen, die jedoch weiterexistieren, bringen den Kanton weiter. Der Finanzdirektor könnte in der Eignerstrategie festhalten, dass die LUKB anstelle einer grossen Gewinnausschüttung an den Kanton einen bestimmten Teil ihres Gewinns als Hochrisikokapital in solche Startups investiert.

Roland Fischer: Über die Anfrage selber kann man geteilter Meinung sein, aber die Antwort der Regierung ist tatsächlich etwas knapp ausgefallen. Mit dem Verweis auf den Umstand, dass die Wachstumskapital AG eine Tochter der LUKB ist und nichts veröffentlicht, und auf das Bankgeheimnis sowie wegen der mangelnden Auskunft seitens der LUKB wird praktisch keine Frage vollständig beantwortet. Meiner Meinung nach macht es sich die Regierung etwas einfach. Laut der Eignerstrategie erwartet der Regierungsrat, dass die

LUKB die Bedürfnisse der Luzerner Bevölkerung und der Wirtschaft berücksichtigt. Wie kann unser Rat diese Erwartung überprüfen, wenn wir keine vollständigen Antworten erhalten? Aus meiner Sicht gehört die Förderung und die Kreditversorgung von Startups zu den Aufgaben der Wirtschaft. Durch die Förderung von Startups werden die Bedürfnisse der Luzerner Bevölkerung und der Wirtschaft berücksichtigt. Deshalb wäre es sehr wichtig, genauere Zahlen zu erhalten. Es müssen nicht Informationen zu einzelnen Kunden sein, aber man könnte angeben, um wie viel Kapital es geht. Bei der LUKB handelt es sich um kein privates, sondern um ein staatliches Unternehmen. Deshalb erwarten wir auch detailliertere Informationen. Wir sollten auch gewisse Vorgaben in Bezug auf die strategische Weiterentwicklung machen können, wenn es im Bereich der Startups tatsächlich ein Problem geben sollte.

Heidi Scherer: Die Haltung der FDP-Fraktion ist etwas weniger kritisch. Nicht zum ersten Mal wird von linker Seite gefordert, dass sich unser Rat in operative Managemententscheidungen von Gesellschaften mit kantonalen Mehrheitsbeteiligungen einmischen soll – in diesem Fall der LUKB beziehungsweise einer ihrer Tochtergesellschaften –, obwohl die Aufgaben und Erwartungen in der Eignerstrategie festgeschrieben sind und die Abgrenzung zwischen den verschiedenen Ebenen klar ist. Es gilt zwischen strategischen und operativen Bereichen zu unterscheiden. Die regierungsrätliche Antwort zeigt die Situation verständlich und für die FDP nachvollziehbar auf. Einer der wichtigsten Punkte im Zusammenhang dieser Anfrage scheint mir, dass im Kanton Luzern weiterhin gute Rahmenbedingungen herrschen sowohl für Neu- und Jungunternehmen wie auch für bestehende Unternehmen. Die FDP setzt sich weiterhin und mit Vehemenz für gute Rahmenbedingungen ein. Es ist allerdings fraglich, ob es Sinn macht, operative Themen von Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen herauszupicken und darüber zu politisieren. Im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen ist die LUKB eine börsennotierte AG, die dem Aktienrecht untersteht. Es gelten also das Aktienrecht, das Gesetz über die Luzerner Kantonalbank, die Statuten und die Eignerstrategie. Meines Wissens haben wir uns für die heutige Eignerstrategie ausgesprochen. Unser Rat soll sich an eine sinnvolle „Flughöhe“ halten und auf eine Politisierung von allem und jedem verzichten.

Daniel Piazza: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Finanzierungsunterstützung von Neu- und Jungunternehmen ist wichtig. Eigenkapital und sogenanntes Mezzanine-Kapital ist gesucht. So können in unserem Kanton Geschäftsideen zu Firmen werden. Falls es sich um gute Geschäftsmodelle handelt, können diese Firmen bestehen und sich weiterentwickeln. Dadurch werden wertvolle Arbeitsplätze geschaffen und volkswirtschaftliche Wertschöpfung generiert. Die CVP begrüsst das spezielle und wertvolle Engagement der LUKB sowie ihrer Tochtergesellschaft, der LUKB Wachstumskapital AG, für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Luzern. Im Gegensatz zu David Roth haben ich und mein Umfeld eine ganz andere Wahrnehmung. Fast alle Neu- und Jungunternehmen in Luzern und zum Teil darüber hinaus haben die LUKB als Partner. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort fest, dass er diese Erwartung der LUKB gegenüber regelmässig äussere und dass die Unterstützung für Neu- und Jungunternehmen durch die LUKB weitergeführt oder gar verbessert werden müsse. Ordnungspolitisch ist das der richtige Weg. Alle weiteren Begehren hinsichtlich politischer Einflussnahme in das operative Geschäft der LUKB und einer Sonderbehandlung bezüglich Transparenz widersprechen der Public-Corporate-Governance-Regelung, wie sie unser Rat für die LUKB definiert hat. In diesem Rahmen formuliert der Kanton die im Gesetz vorgesehene Funktion als Mehrheitsaktionär. Er steuert über die im Jahr 2017 zuletzt erneuerte Eignerstrategie. Der Kanton als Eigner der LUKB als privatrechtliche Aktiengesellschaft berücksichtigt und respektiert die unternehmerischen Freiheiten und schafft damit optimale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit. Aus Sicht der CVP besteht kein Grund, an diesem Erfolgsmodell – nach dem sich mancher Kanton die Finger lecken würde – etwas zu ändern.

Dieter Haller: Auch die SVP sieht die volkswirtschaftliche Bedeutung der Finanzierungsunterstützung von Neu- und Jungunternehmen in einer Startphase als wichtig an. Über 60 Prozent des Aktienkapitals der LUKB sind Eigentum des Kantons Luzern. Die

Wachstumskapital AG ist eine Tochter der LUKB. Gemäss Eignerstrategie hat der Kanton Luzern seine Erwartungen gegenüber der LUKB formuliert und dabei richtig entschieden, keine politischen Ziele festzusetzen. Wie in jedem privatwirtschaftlichen Unternehmen sind die Ziele Sache des operativen Managements und nicht der Aktionäre respektive des Kantons. Die SVP-Fraktion erachtet den eingeschlagenen Weg des Kantons als Hauptaktionär als richtig und bittet die Regierung daran festzuhalten.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung weigert sich nicht einfach konsequent, Erwartungen gegenüber der LUKB zu formulieren, sondern macht das typischerweise über die Eignerstrategie. In unseren Gesprächen mit der LUKB thematisieren wir auch unsere Erwartungen bezüglich der Finanzierung von Startups. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass im Bereich der Startupfinanzierung zu wenig gemacht wird. Man könnte immer mehr tun, das wäre wünschenswert, aber vermutlich nicht realistisch. Die LUKB ist eine börsennotierte privatrechtliche Aktiengesellschaft, und wir halten uns konsequent an die Spielregeln. Es wäre das Dümme, wenn wir uns nicht korrekt verhalten würden. Zur Aussage, man könnte das Ergebnis reduzieren, um mehr Innovationskapital zur Verfügung zu haben, erlaube ich mir die Bemerkung, dass das operative Ergebnis des Kantons Luzern rot ist. Hätten wir nicht die Erträge von unseren Beteiligungen, namentlich der CKW AG und der LUKB, hätten wir ein ernsthaftes Problem. Etwas überspitzt gesagt diskutieren wir hier über Geld, das wir eigentlich gar nicht haben. Ich bitte Sie um etwas Zurückhaltung, wir halten uns im Umgang mit einem börsennotierten Unternehmen an die klaren Vorgaben.